

und legten ihnen starke Fesseln an. Die Verhafteten nannten sich Devac und Ferreira, ersterer gab an, Franzose, letzterer behauptete, Portugiese zu sein. Bei den Verhafteten wurde ein Schriftstück mit der Aufschrift „Reglement für die Arbeiten der kosmopolitischen Gesellschaft“ vorgefunden, worin angegeben ist, in welcher Weise der Reihe nach die Deputirtenkammer, der Senat, der Justizpalast, der Staatsrath, das Kriegsministerium, die Bank und das Königliche Palais in die Luft gesprengt werden sollte. Das Attentat gegen das letztere sollte am Palmsonntag während der Messe ausgeführt werden. Die Verhafteten haben in dem Verhör ein Geständnis abgelegt. Unter den Deputirten rief die Entdeckung lebhafteste Erregung hervor. Das Spanische Strafgesetzbuch soll gleich dem Französischen Bestimmungen erhalten, durch welche derartige Attentate unter besonders schwere Strafe gestellt werden. Auch in der Bevölkerung macht sich eine lebhafteste Erregung gegen die Verbrecher bemerkbar.

Barcelona, 4. April. (C. T. C.) Hier sind 14 französische Anarchisten verhaftet worden; dieselben sollen ausgewiesen werden.

Bukarest, 4. April, Nachts. (C. T. C.) Senat. Aurelian interpellierte den Minister des Auswärtigen Lohovary über die Handelsbeziehungen zu Deutschland und verlangte, indem er auf die Nachteile hinwies, welche Rumänien aus der durch den Deutschen Differential-Tarif seit 1. Februar 1892 für die Rumänischen Producte geschaffenen Situation erwachsen, zu wissen, welche Maassnahmen die Regierung zu ergreifen gedente. Der Minister erwiderte, dass man die Krise in Braila vor Allem auf Rechnung der unklaren Speculation, sowie der allgemeinen Getreidebaiss setzen müsse. Er bestreite aber keineswegs, dass der Deutsche Differential-Tarif in gewisser Hinsicht zur Verschärfung der Krise beigetragen habe. Der Minister fügte hinzu, Deutschland habe, nachdem der Deutsch-Rumänische Handelsvertrag vor ungefähr einem Jahre abgelaufen sei, bei Schaffung des neuen Zollsystems die Interessen Rumäniens nicht mehr in Rechnung gezogen. In dieser Beziehung betont der Minister, dass Rumänien, wiewohl es im Rechte sei, doch kraft des geschriebenen Textes keinerlei Vortheil ansprechen könne. Es sei nichtsdestoweniger gewiss, dass der Rumänische Generaltarif in Wahrheit mässig und für alle gleich sei. Die für Rumänien geschaffene ungleiche Situation sei also keineswegs gerechtfertigt. Gegenwärtig würden zwischen der Rumänischen und der Deutschen Regierung Pourparlers gepflogen. Die Deutsche Regierung habe sich dabei auf ihre Gesetze und darauf berufen, dass die Meistbegünstigung nur gegen Ertheilung gleichartiger Concessionen zu werden könne. Es handle sich jetzt vor Allem darum, was unter gleichartigen Concessionen zu verstehen sei. Auf eine weitere Frage Aurelians, ob die Regierung Bepressalien anwenden und die durch die Gesetze vom Juni 1891 für Deutsche Producte vorgesehenen Tariferhöhung Gebrauch machen wolle, erwiderte der Minister, es sei durchaus unzweckmässig, heute auf diese Frage zu antworten. Die Majorität des Senats sprach sich zu der Haltung der Regierung zustimmend aus. Eine besondere Tagesordnung war nicht beantragt worden.

Petersburg, 5. April. (C. T. C.) In der Abtheilung für rauchloses Pulver der hiesigen Pulverfabrik fand gestern Abend eine Explosion von 350 Pnd Pyroxilin statt. Das betreffende Gebäude flog in die Luft mit 9 in demselben befindlichen Arbeitern. Die Trümmer des Gebäudes und Körpertheile wurden auf eine Entfernung von über 100 Faden fortgeschleudert. Durch die fürchterbare Erschütterung wurden auch die benachbarten Fabrikgebäude beschädigt und dort 5 Arbeiter verwundet. Selbst auf eine Entfernung von 2 Werst von der Pulverfabrik sprangen noch in den Häusern die Fensterscheiben. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

Athen, 4. April. (C. T. C.) Nach einer Zeitungsmeldung aus Corfu werden von den dortigen Localbehörden anlässlich des Osterfestes neue antisemitische Tumulte befürchtet. Die Regierung habe deshalb alle zur Erhaltung der Ruhe erforderlichen Maassnahmen angeordnet.

Washington, 4. April. (C. T. C.) Die Repräsentantenkammer hat mit 179 gegen 42 Stimmen die Vorlage betreffend das Verbot der Einwanderung von Chinesen in die Vereinigten Staaten angenommen.

Glasgow, 5. April. Vormittags 11 Uhr 5 Min. (C. T. C.) Roheisen. Mixed numbers warrants 41 sh. Matt. (Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 5. April.

— Abgeordnetenhaus. 47. Sitzung vom 5. April, 11 Uhr. Am Ministerische: Graf Eulenburg, v. Boetticher, Herrfurth, Dr. Miquel, Dr. Basse u. A. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Nachtragssetats betr. das Gehalt etc. des Ministerpräsidenten. Mit demselben werden gefordert 36.000 M. Gehalt, 18.000 M. Reprä-

sentationskosten, 18.000 M. für Wohnungsmiethen und 60.000 M. für Ausstattung der Dienstwohnung. Zur Geschäftsordnung beantragt

Abg. Hobrecht (natlib.), diesen Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da derselbe nach einer stattgehabten Besprechung von Vertrauensmännern aller Parteien zu einer grösseren Discussion führen würde, welche solche aber bei der mangelhaften Besetzung des Hauses nicht angebracht erschiene.

Abg. Dr. Ehrh. v. Heereman (Centr.) erklärt, seine Partei wäre zwar bereit, schon heute in eine gründliche Besprechung der Sache einzutreten, nachdem aber die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung angeregt sei, würden seine Freunde dem Antrage zustimmen.

Abg. Rickert (dir.): Auch wir hätten kein Bedenken, in die Berathung der Vorlage einzutreten. Wir haben es aber immer für richtig gehalten, solchen Wünschen, wie sie Abg. Hobrecht ausgesprochen, uns einfach zu fügen. Wir werden uns also auch heute der Absetzung nicht widersetzen.

Abg. v. Kardorff (freicons.) erklärt, auch seine Freunde würden aus den von anderer Seite entwickelten Gründen der Absetzung des Gegenstandes nicht widersprechen.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.) will gleichfalls nicht widersprechen, obwohl seine Freunde gerade heute eine eingehende Erörterung nicht gescheut hätten.

Abg. Hobrecht (natlib.) verwarf seine Partei dagegen, dass sie etwa eine solche Erörterung scheue. Er habe ausdrücklich hervorgehoben, dass er den Antrag auf Grund einer Besprechung von Vertrauensmännern aller Parteien gestellt habe. (Beifall links.)

Abg. von Rauchhaupt (cons.) erwidert, dass auch bei dieser Vorbesprechung seine Partei mit ihren Bedenken gegen die Absetzung nicht zurückgehalten habe.

Abg. von Kardorff (freicons.) bemerkt, seine Partei hätte am allerwenigsten Veranlassung gehabt, eine Debatte über die Angelegenheit zu vermeiden.

Abg. von Eynern (natlib.) widerspricht nach den Erklärungen des Abg. von Rauchhaupt dem Antrage Hobrecht.

Hierauf wird der Antrag Hobrecht mit grosser Mehrheit angenommen. Gegen denselben stimmen die Mehrzahl der Nationalliberalen und Conservativen, sowie einzelne Mitglieder aller Parteien, ferner die Minister von Boetticher und Herrfurth.

In erster und zweiter Lesung werden alsdann noch die Gesetzentwürfe betr. Erwerb der Eisenbahn von Glasgow nach Berlinchen, betr. Beseitigung der Steuerfreiheit der Angehörigen der Kieler Universität und betr. die Ergänzung des Gesetzes betr. die evangelische Kirchenverfassung in den älteren Provinzen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen.) Schluss 11 1/2 Uhr.

— Hofnachrichten. Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen am heutigen Vormittage eine gemeinsame Spazierfahrt. Von derselben zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser von 10 1/2 Uhr ab mit dem Chef des Militärcabinetts, General v. Hahnke und empfing darauf den commandirenden General des 3. Armeecorps v. Versen, sowie demnächst den General-Adjutanten General der Cavallerie Grafen Friedrich Brandenburg, welcher die Orden seines verstorbenen Bruders, des General-Adjutanten und Generals der Cavallerie Grafen Wilhelm Brandenburg in die Hände des Monarchen zurücklegte. Mittags nahm der Kaiser die persönlichen Meldungen des commandirenden Generals des 15. Armeecorps General-Lieutenants Blume und darauf auch noch zahlreicher anderer höherer Militärs entgegen, und hatte darauf am Nachmittag um 1 Uhr der Präsident der Hauptverwaltung der Staatsschulden a. D. Excellenz Dr. Sydow und hierauf der Director des Reichs-Marine-Amtes a. D. Wirkliche Geheime Rath Richter die Ehre des Empfanges. Zur Frühstückstafel waren keine Einladungen ergangen.

— Den überfüllten Tribünen des Abgeordnetenhaus wurde heute eine seltene Ueberraschung zu theil. Sogleich bei Beginn der Sitzung erhob sich der Abgeordnete Hobrecht, um auf Grund einer Besprechung mit den Vertretern aller Parteien den Antrag zu stellen, dass die Verhandlung über den Nachtragssetat (Gehalt des Ministerpräsidenten) bis nach Ostern vertagt werde. Die Aussicht auf eine grosse Debatte war damit geschwunden, doch sollten die überzahlreichen Zeugen dieser kurzen Sitzung wenigstens in etwas entschädigt werden; sie lernten denn v. Rauchhaupt so kennen, wie wir ihn seit Jahr und Tag in seiner „alten Natur“ längst erkannt hatten. Wir müssen zum Verständniss der pikanten Scene bemerken, dass die von Abg. Hobrecht erwähnte Besprechung im Seniorencorvent stattgefunden hat, und dass es dort namentlich die Conservativen gewesen sind, die um gut Wetter, will sagen, um Vertagung dieser Debatte baten. Warum, bedarf ja nicht

der näheren Ausführung; wir haben im heutigen Morgenblatt klar auseinandergesetzt, dass der Aufmarsch der conservativ-clericalen Front noch nicht fertig ist. Am allermeisten waren die Conservativen heute ins Gedränge gekommen, wenn sie von so unsicherer Stellung aus für oder wider das Ministergehalt sich hätten erklären müssen. Nun brachte der Abgeordnete Hobrecht heute das Opfer, auf dringende Ersuchen gerade der Conservativen den Antrag auf Vertagung von der linken Seite auszuweisen zu lassen. Die Freisinnigen und die Freiconservativen wussten, um was es sich handelte, und gaben in loyaler Weise kurze Erklärungen für den Antrag ab. Das Centrum klärte, wie heute Morgen ausgesprochen, die Interessen daran, seinen Bundesgenossen auf der äussersten Rechten Zeit zu lassen, nahm also den Antrag Hobrecht ohne Weiteres hin. Da ergreift Herr von Rauchhaupt das Wort. Mit äusserst herablassender Handbewegung und gnädigem Tonfall erklärt er, dass seine Partei zwar die grössten Bedenken gegen die Vertagung habe, wenn man aber auf der linken Seite einer Erörterung über die gesammelte innere Politik ausweichen wolle, so würde die conservative Partei nicht gerade Schwermüthigkeiten machen. Und mit dieser Weise kurze Erklärungen, als habe er die Linke aus der grössten Verlegenheit gerissen, setzte er sich nieder. Das war aber denn doch des Guten zu viel. Der Abg. Hobrecht, in seiner concilianten Weise, constatarie nur, dass man auf der Linken nicht das geringste Bedürfniss nach einem solchen Freundschaftsdienst von der Rechten empfinde und Herr v. Kardorff, streitbar wie er ist, erklärte sofort, dass seine Partei eigentlich das meiste Interesse habe, mit den Conservativen sobald als möglich abzubrechen, für den Augenblick aber halte er sich an den Antrag Hobrecht gebunden. Diejenigen Mitglieder der nationalliberalen Partei, jedoch die an den Verhandlungen des Seniorencorvents nicht theilhaftig waren, also freie Hand hatten, waren rasch entschlossen, es auf eine Abstimmung ankommen zu lassen. Sie widersprachen dem Antrag Hobrecht und bei der nun folgenden formalen Abstimmung über Vertagung oder nicht, erhob sich die Rechte und das Centrum wie ein Mann für die Vertagung. Bei der Gegenprobe erhoben sich die Nationalliberalen und die Freiconservativen zum grösseren Theil, die Vertagung war damit beschlossen, die Erregung aber war derart, dass der Präsident 10 Minuten lang die Glocke schwingen musste, um wenigstens die Tagesordnung für morgen verkünden zu können. So viel lässt sich zum Schluss noch sagen, hätten die Conservativen den Muth gehabt, es heute auf eine sachliche Erörterung ankommen zu lassen, sie wären in einer Art und Weise ins Gebet genommen worden, dass ihr ganzer frohrender Aufmarsch von vornherein zur eclatanten Verwirrung gebracht worden wäre. Inzwischen haben sie zu dem sonstigen Hellsichtigkeit, die im conservativen Lager herrscht, jetzt auch noch das auf sich ausgetragen, was die politische Zuverlässigkeit des Hrn. v. Rauchhaupt ihnen heute zum Schaden ihres Ansehens bereitet hat.

— Der Vatican wünscht ein grundsätzlich und stetig oppositionelles Centrum im Reiche und in Preussen. Das ist die Quintessenz einer der „Politischen Correspondenz“ von einem „vaticianischen Kreise in Erfüllung stehenden“ Mitarbeiter zurückgegangenen Erörterung. Uns ist an dieser Versicherung nichts, als die Aufrichtigkeit, mit der sie ausgesprochen wurde. Die Regierungsfreundlichkeit des Centrums war nach der vaticianischen Auffassung eine Gefahr für die Partei, indem es seine Stelle als gemässigte Opposition wieder aufnimmt, kräftigt das Centrum seine innere Organisation und eine oppositionelle Parlaments-Partei braucht der Vatican. Dies der Gedankengang des vaticianischen Publicisten. Da das Zurücktreten des Centrums in die Opposition durch das Scheitern des als Bollwerk gegen den Atheismus gekennzeichneten Schulgesetz verursacht ist, so mögen sich manche Deutsche Politiker, die von einer „Versöhnung“ träumen, über die Genugthuung des Vaticanus wundern. Allerdings nur Solche, die das Wesen des Ultramontanismus nicht erkannt haben. Ein Schulgesetz, ganz nach dem Sinne der Clericalen, ist eine schöne Sache, eine autoritative Handhabung gegen die ruhige Entwicklung in Deutschland und Preussen ist aber eine noch schönere Sache. Man sollte den vaticianischen Artikel der „Pol. Corr.“ in Erz gegossen für ewige Zeiten über dem Schreibtische der Preussischen Cultusminister aufhängen. Er bildet die eindringlichste Warnung vor „Versöhnungsversuchen“ mit dem Unversöhnlichen.

— Die grosse Frühjahrsparade wird in Berlin am 30. und in Potsdam am 31. Mai stattfinden.

— Der Grenadier Lück vom 3. Garde-Regiment zu Fuss, der jüngst in der Wrangelstrasse auf den ihn beschäftigenden Arbeiter geschossen, ist vom Regiments-Commandeur Oberst v. Bismarck zum Gezelten befördert worden, in Anerkennung seines correcten Benehmens als Wachposten.